

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Gunther Reibert
Am Steinweg 1
61130 Nidderau

Andreas Bär
Fraktionsvorsitzender

Auf dem Burgstück 12b
61130 Nidderau
post@andreas-baer.de

12.11.2017

Resolution „Das Land Hessen soll die Musikschulen stärker finanziell unterstützen!“

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Reibert,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen den Antrag, die folgende Resolution an der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 30.11.2017 zu beschließen:

Resolutionstext:

Das Land Hessen soll die Musikschulen stärker finanziell unterstützen!

"Den Nachwuchs unter den Musikern besonders zu fördern, ist ein Anliegen der Hessischen Landesregierung. Die Unterstützung der Musikschulen bildet einen Schwerpunkt in der hessischen Musikförderung." So steht es auf der Homepage des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Betrachtet man die Situation vor Ort in Nidderau, dann erscheint es fraglich, ob diese Sätze ernst gemeint sind. So entfallen zusammen weniger als 6 % der Einnahmen auf Zuschüsse des Landes Hessen, während knapp 70 % auf die von den Eltern zu tragenden Unterrichtsgebühren entfallen. Der Anteil der Kommunen an der Finanzierung liegt zurzeit bei 15 %, dazu kommen weitere Zuwendungen wie die kostenlosen Bereitstellung von Immobilien zu Übungs- und Veranstaltungszwecken.

Der hohe Elternanteil ist dabei keine Nidderauer Besonderheit, im Gegenteil: Nur in Schleswig-Holstein ist im Ländervergleich der von den Eltern getragene Anteil an der Finanzierung höher als in Hessen. Und dies, obwohl beispielsweise die Lehrerinnen und Lehrer an den hessischen Musikschulen schlechter als in benachbarten Bundesländern bezahlt werden. Von daher überrascht es auch nicht, dass der hessische Landesverband deutscher Musikschulen in diesem Jahr mindestens eine Verdreifachung der momentanen Zuschüsse vom Land Hessen forderte.

Ogleich Musikschulen als Teil des kommunalen Bildungsangebots betrachtet werden, ist es den hessischen Kommunen nicht zuzumuten, sich über Gebühr an der Finanzierung der Musikschulen im Rahmen ihrer freiwilligen Leistungen zu beteiligen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Konsolidierungsbemühungen, die bereits in den vergangenen Jahren zu schmerzhaften Einschnitten bei den freiwilligen Leistungen, darunter auch der Unterstützung der örtlichen Vereine, geführt haben.

In Anbetracht der zurückliegenden Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich und der Tatsache, dass Hessen eines der reichsten Bundesländer der Bundesrepublik ist, erscheint es zynisch, bei der Finanzierung der Musikschulen auf die Kommunen zu zeigen und das Land Hessen größtenteils außen vor zu lassen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass laut Grundgesetz die Kompetenzen für die Kultur- und Bildungspolitik in den Händen der Bundesländer liegen.

Die Nidderauer Stadtverordnetenversammlung fordert daher die hessische Landesregierung auf, die hessischen Musikschulen stärker als bisher finanziell zu unterstützen. Ergänzend werden die Mitglieder des Landtags aus dem Wahlkreis 40 aufgefordert, bei den Haushaltsberatungen zum Landeshaushalt 2018 eine deutliche Erhöhung des Zuschussbetrags für die Hessischen Musikschulen zu beantragen.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Bär
SPD Fraktionsvorsitzender



Gerrit Rippen
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen